

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 9

Artikel: Oekonomische Probleme des europäischen Wiederaufbaus und die Schweiz
Autor: Walter, Emil J.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335114>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

24. JAHRGANG - MAI 1945 - HEFT 9

Oekonomische Probleme des europäischen Wiederaufbaus und die Schweiz

Von Emil J. Walter

Noch vor wenigen Jahren, als die Röpkekonjunktur üppig in die Halme schoß, konnte der Verfasser der «Gesellschaftskrisis der Gegenwart» über die nachkriegswirtschaftliche Entwicklung schreiben: «Beginnen wir mit der Feststellung, daß, im Gegensatz zu weitverbreiteten Vorstellungen... nach diesem Kriege nicht mit einer langdauernden Arbeitslosigkeit und Depression in der Welt, sondern mit einer außerordentlichen Anspannung der Produktion zu rechnen sein dürfte». Und da Herr Röpke die Ursachen der Wirtschaftskrise nicht im rein ökonomischen Bereich suchte, wie die andern Nationalökonomien, welche deshalb angeblich «den wesentlichen Punkt: die Zerrüttung der seelisch-politischen Grundlagen unseres Wirtschaftssystems» verfehlten, verstieg sich auf Seite 221 seines Werkes Herr Röpke gar zu der Behauptung: «Sollte es gelingen, des kollektivistischen Dammbrechens nach Beendigung dieses Krieges Herr zu werden, so würde sich eine Lage ergeben, die in ihrer Eindeutigkeit und Entspanntheit Aufschwungmöglichkeiten von einem schwer vorstellbaren Ausmaße eröffnet». Denn auch die Kriegskosten machten damals — es war die Zeit der deutschen Siege, so daß die Phrase «Das große Experiment der Französischen Revolution mußte in der Tat ein schlimmes Ende nehmen. Im Jahre 1941 ist es wohl keine Uebertreibung, zu sagen, daß die Welt von 1789 zusammengebrochen ist», zeitgemäß war — unserm Wirtschaftstheoretiker und Gesellschaftsphilosophen gar keine Sorgen: «Wenn der Krieg beendet ist, so ist er, volkswirtschaftlich betrachtet, auch bereits bezahlt, und zwar durch das Minus an Güterversorgung während des Krieges».

Seither sind drei Jahre vergangen. Der Krieg nähert sich seinem Ende. Er wird vielleicht militärisch schon zu Ende sein, wenn diese Zeilen im Druck erscheinen. Und nun muß sich die ökonomische Weisheit des Genfer Kronzeugen des schweizerischen Großbürgertums an den harten Tatsachen bewähren. Schon eine einfache Ueberlegung zeigt, daß die These des Herrn Röpke auf einem ganz primitiven Irrtum beruht: Die Kriegskosten gehen praktisch weit über das Maß der normalen

Gütererzeugung hinaus. Sie bedeuten nicht nur den vollkommenen Verbrauch der Ueberschüsse der laufenden Produktion, sie greifen zudem direkt die volkswirtschaftliche Substanz an, bedeuten die unmittelbare Vernichtung und Zerstörung des durch Generationen hindurch angesammelten Volksvermögens.

Theoretisch ist nach dem Kriege in der Tat ein nahezu unerschöpflicher Wiederaufbaubedarf vorhanden. Aber dieser «Bedarf» vermag nur dann die Produktion in Gang zu bringen, wenn er in kauffähigen Bedarf umgewandelt wird. Dies ist ja überhaupt der grundsätzliche Fehler der liberalen Schule, daß sie nicht konsequent zwischen psychologisch möglichem und wirtschaftlich kauffähigem Bedarfe (respektive zahlungsfähiger Kaufkraft) unterscheidet. Dieser Tage stand in einem Bericht aus Heilbronn zu lesen: «Die herrliche, kleine Stadt Heilbronn an den Ufern des Neckar lebte sicher, ohne daß ihre 40 000 Einwohner an Weltbeherrschungspläne gedacht haben. Sie hatte eine mannigfaltige und prosperierende Industrie. Die Stadt ist zur Stunde, da wir sie betreten, nur noch ein Haufen Trümmer... Kann man sich vorstellen, was der Wiederaufbau dieser Stadt kosten wird? Es ist wahrscheinlich, daß an die zwei Milliarden Mark notwendig sein werden, für diese Stadt allein...» Vielleicht ist die Summe von zwei Milliarden übertrieben hoch. Eine Milliarde wird aber der Aufbau Heilbronns mindestens kosten. Aber wer wird die Mittel für diesen Aufbau aufbringen, wer wird diesen Wiederaufbau — grob gesprochen — finanzieren? In normalen Zeiten beträgt die Spar- respektive Akkumulationsquote des Volkseinkommens wahrscheinlich etwa einen Fünftel. Aus dieser Akkumulationsquote müssen aber nicht bloß die neuen produktiven Anlagen der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft des Gewerbes aufgebracht werden, aus der Sparquote des Volkseinkommens werden auch die Auslagen für Dauergüter, wie Häuser, Straßen usw. bestritten. Deshalb ist es nicht unverständlich, wenn in der französischen Konsultativversammlung für die Wiedergutmachung aller Sachschäden des zweiten Weltkrieges eine Dauer von 60 Jahren angenommen wurde.

Wir haben daher zu unterscheiden zwischen dem Wiederaufbau des eigentlichen produktiven Wirtschaftsapparates und dem Wiederaufbau all jener Werte und Dauergüter, die durch den Krieg vernichtet worden sind und das Resultat des Akkumulationsprozesses von Jahrhunderten darstellten. Dazu treten die mit der Kriegsverwüstung unvermeidlich verbundenen Schwierigkeiten in Form der besondern Engpässe der Wirtschaft, die sich speziell auf dem Gebiete der Rohstoffgewinnung abzeichnen. Das weitgehend zerstörte Verkehrswesen (in Frankreich sind im Frühjahr 1945 nur ein Viertel Lokomotiven und gar nur ein Achtel Waggons verfügbar wie im Januar 1943!) verhindert die Steigerung der Kohलगewinnung. Weil keine Kohle da ist, können die Lokomotiven nicht fahren und die betriebsfähigen Fabriken nicht in Betrieb genommen werden. Die Grubenarbeiter fliehen die Grubenbezirke, weil die Lebensmittelversorgung ungenügend ist. Ihre Arbeitsleistung ist gesunken, weil sie unterernährt sind.

Diese Schwierigkeiten, die sich in Frankreich und in vielleicht noch stärkerem Maße in Belgien zeigen, werden kumuliert in Deutschland nach dem militärischen Zusammenbruch auftreten. Viele der wichtigsten Betriebe der deutschen Großindustrie sind völlig vernichtet. Ganze Städte sind ausgeradiert. Und die Arbeitskräfte sind auf den Schlachtfeldern verblutet. Schon aus rein technischen Gründen ist auf Jahre hinaus nicht daran zu denken, daß die frühere Produktionsfähigkeit und damit auch die entsprechende Tauschwürdigkeit erreicht wird. Es wird selbst bei der an und für sich, technisch gesehen ungeheuer gesteigerten Produktivkraft der modernen Wirtschaft Jahrzehnte dauern, bis die Sachschäden des zweiten Weltkrieges wieder behoben sein werden. Dabei ist ähnlich wie in Rußland eine vermehrte Akkumulation nur denkbar, wenn die *reale Lebenshaltung der arbeitenden Massen gegenüber der Vorkriegszeit nicht unwesentlich gesenkt wird*. Die wirtschaftlichen Rückwirkungen auf die Schweiz können nicht ausbleiben. Unser Fremdenverkehr wird nicht mehr auf jene reichen Ausländer in größerer Zahl rechnen können, auf denen der Umsatz der großen Fremdenkurorte der Schweiz in der Vorkriegszeit aufgebaut war. Unser Exporthandel kann unmöglich mit den gleichen Umsatzwerten rechnen, wie dies in der Vorkriegszeit üblich war. Gingen doch im Jahre 1928 von unserm Export im Betrage von 2134 Millionen Franken rund 35 Prozent direkt in die an die Schweiz angrenzenden Länder Deutschland, Oesterreich, Frankreich und Italien, weitere 35 Prozent in die übrigen europäischen Staaten, inklusive Rußland, und nur der Rest von 30 Prozent in außereuropäische Absatzgebiete. Dabei handelte es sich bei den schweizerischen Exportprodukten hauptsächlich um Luxuswaren. Das durch den Krieg verarmte Europa wird, auch wenn der theoretische Bedarf noch so groß wäre, gar nicht in der Lage sein, unsere frühere Exportquote aufzunehmen. Unsere Exportwirtschaft wird allen Anstrengungen zum Trotz einem neuen Schwundprozeß ausgesetzt sein. Nur planmäßige Organisation des Außenhandels kann uns über diese entscheidende Klippe unserer Wirtschaftspolitik hinweghelfen. Man wird sich zunächst mit großen Exportkrediten zu helfen versuchen. Aber Bundesrat Nobs hat am 19. April mit Recht in seinem Vortrag über aktuelle Finanzprobleme betont, daß die Finanzlage und der Grad der Verschuldung es dem Bund nicht ermöglichen, «auf die Dauer als Kreditgeber für Exportkredite gegenüber andern Staaten aufzutreten». Derartige Exportkredite stellen grundsätzlich ja nichts anderes als Ueberbrückungs- und Verschiebungsmaßnahmen dar.

Letzten Endes muß jeder Export durch ein Gegengeschäft, durch einen Import bezahlt werden. Und wenn die Produktionsfähigkeit der wichtigsten Staaten Europas durch den Krieg derart geschwächt worden ist, daß ihr Produktionsumfang nur noch einen Bruchteil des frühern Produktionsertrages erreicht, so können sie uns eben weniger Exportgüter als früher abnehmen, werden wir uns planmäßig darauf einrichten müssen, uns für die unbedingt notwendigen Importwaren Zahlungsmöglichkeiten zu verschaffen, werden wir zum Beispiel deutsche Kohle durch

schweizerische Maschinen, Fachliteratur und ähnliche für Deutschland unbedingt notwendige Waren bezahlen können.

Es dürfte deshalb notwendig sein, eine volkswirtschaftliche Bilanz unseres Importbedarfes aufzustellen im Sinne der Dringlichkeit der Bedürfnisbefriedigung. Dabei werden zum Beispiel Bedürfnisse nach neuen Luxusautos weitgehend zurückzutreten haben gegenüber der unbedingt notwendigen Beschaffung von Rohstoffen, wie Kohle, Eisen, Kupfer, Tonerde, Holz, Gummi, Fett, Getreide, Futtermittel, Wolle, Baumwolle usw. für unsere normale landwirtschaftliche und gewerbliche Produktion. Diese Umstellung setzt aber auch eine weitgehende staatlich kontrollierte Verschiebung der Kaufkraft der Bevölkerung voraus, eine *noch stärkere Besteuerung der Spitzeneinkommen und Hebung der realen Kaufkraft der Einkommen der untern Volksschichten.*

Damit gelangen wir zu den grundsätzlich entscheidenden Fragen der Preis-, Lohn- und Währungspolitik, die im Sinne einer kreislaufgerechten Wirtschaftspolitik (siehe zum Beispiel den interessanten Aufsatz von Professor Jöhr über eine kreislaufgerechte Kriegsfinanzierung in der Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft 1941) behandelt werden müssen. Dabei sind die in der Schweiz trotz weitgehender staatlicher Verschuldung noch vorhandenen großen volkswirtschaftlichen Reserven der Rentenwerte zweckmäßig zu mobilisieren.

Nicht zu vergessen ist die wichtige Tatsache, daß Zinsfuß und Kapitalisierung der Ertragswerte — in der freien, ungebundenen Marktwirtschaft — in einem reziproken Verhältnis stehen. Sinkt der Zinsfuß, so wird eine bestimmte Einkommensquelle zu einem höhern Werte kapitalisiert; umgekehrt, wenn der Zinsfuß steigt, sinkt der kapitalisierte Wert einer bestimmten Einkommensquelle. Es beträgt zum Beispiel der Mietertrag eines Miethauses nach Abzug der langfristig gebundenen Hypothekarzinsen und der Reparaturen usw. 5000 Fr. Bei einem Zinsfuß von 5 Prozent wird dieser Ertrag kapitalisiert mit einem Kapitalwert von 100 000 Fr., bei einem Zinsfuß von 4 Prozent steigt der Wert auf 125 000 Fr. und sinkt umgekehrt bei einem Zinsfuß von 6 Prozent auf 83 333 Fr. Eine Politik des billigen Zinsfußes kann nur dann den Bauern und Kleingewerbetreibenden wirklich helfen, wenn durch gesetzgeberische Maßnahmen (Einschränkung der Bodenspekulation im Dorf und in der Stadt!) verhindert wird, daß sich nach einiger Zeit, sei dies auf dem Wege der Erbteilung oder freien Verkäufe der Ertrag in Renteneinkommen und damit wieder in kapitalistische Verschuldung umsetzt. Sobald bei niedrigem Zinsfuß der kapitalisierte Ertragswert steigt, ist die Versuchung groß, diesen erhöhten Kapitalwert durch Verkauf zu realisieren. Der Verkäufer streicht fiktive Kapitalwerte ein, der Käufer übernimmt die betreffende Ertragsquelle zu einem erhöhten Kaufpreis und wird dadurch bis an die Grenze des Erträglichen bei den geltenden oder gar veränderten Zinsverhältnissen belastet. Und weil dieser Prozeß sich unmerklich während einer längern Zeitspanne vollzieht, ist es um so schwieriger, seine Bedeutung zu erfassen. Genau genommen handelt es sich um den gleichen Prozeß, der auf der Börse bei der Kursbildung der

Aktien vor sich geht. Die Aktienbörse vermag aber den Schwankungen der Rentabilität, weil immer gleichzeitig eine größere Zahl von Käufen und Verkäufen getätigt wird, viel rascher zu folgen als der Markt der langfristigen Schuldenverpflichtungen.

Aus diesen Ueberlegungen ergeben sich ganz bestimmte Konsequenzen für unsere Wirtschaftspolitik. Betrachten wir die einzelnen Sektoren gesondert. Wenn der Zinsfuß niedrig gehalten werden soll, muß der *Kapitalexport dauernd unter Kontrolle* gehalten werden, darf der Kapitalexport nur noch in den Dienst der unmittelbaren Finanzierung — direkt oder indirekt — des Exportes gestellt werden, sind Kapitalbewegungen, die nur dem Gefälle der höhern Rendite folgen, zu unterbinden. Auch der *Außenhandel muß voll und ganz in den Dienst unserer Arbeitsbeschaffungs- und Exportpolitik* gestellt werden: Um die für den Betrieb unserer Industrie und die Ernährung von Bevölkerung und Vieh notwendigen Rohstoffe zu erhalten, wird der Kompensationsverkehr und die Kontrolle der Verteilung der importierten Güter wohl noch für Jahre hinaus nicht zu umgehen sein. *Gleichzeitig wird der Umfang unseres Außenhandels schrumpfen.* Legen wir die Zahlen eines Normaljahres wie 1928 unserer Betrachtung zugrunde:

Einfuhr	Lebensmittel	Rohstoffe	Fabrikate	Gesamt
in Millionen Franken	708	876,8	1074,4	2659,2
Ausfuhr				
in Millionen Franken	218,2	195,1	1702,3	2115,6

Wir werden vielleicht für 400 Millionen Franken Lebensmittel, für 500 Millionen Franken Rohstoffe (in alten Geldwerten gerechnet) benötigen, die Einfuhr von Fabrikaten mindestens halbieren, so daß als Exportwert etwa 1,2 Milliarden Franken bereitgestellt werden müssen, der Rest in den ersten Nachkriegsjahren indirekt durch Kapitalexperte oder direkt durch Goldexport finanziert werden kann. Im Gegensatz zu weitverbreiteten Meinungen glauben wir, daß es in der Nachkriegszeit *schwieriger sein wird, die notwendigen Rohstoffe und Lebensmittel zu importieren, als Exportprodukte unserer Exportindustrie zu exportieren.*

Natürlich kann der Export der Exportindustrie finanziert werden durch parallel laufenden Kapitalexpert. Aber praktisch würde diese Art der Exportförderung auf die Dauer gesehen auf nichts anderes hinauslaufen als auf eine Gratisbelieferung des Auslandes durch die Schweiz. Soll dies geschehen, so ist es viel besser, es werden die entsprechenden Exporte direkt als schweizerischer Beitrag an den europäischen Wiederaufbau verbucht und über Sammlungen, Geldspenden und die Bundesfinanzen à fonds perdu abgeschrieben. Der indirekte Weg einer Begebung von Anleihen durch unsere Banken auf dem Wege des regulären Kapitalexportgeschäftes, Vertrieb der Anleihen im Kapitalistenpublikum, Entwertung der Anleihen durch zunehmende wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten der zwangsläufig überschuldet werdenden Anleihensnehmer entspricht zwar den Methoden, die zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg üblich waren, kommt aber praktisch einfach einer ungeregelten

Verschleuderung des schweizerischen Volksvermögens gleich, mit der dann außerdem noch der innerschweizerische Zinsfuß unter Druck gesetzt wird im Sinne einer starken Tendenz zu seiner Erhöhung durch «Kapitalverknappung».

Innenwirtschaftlich muß die landwirtschaftliche Eigenproduktion aufrecht erhalten und gefördert, *das Preisniveau auf der erreichten Höhe stabilisiert und das Lohnniveau der Teuerung angeglichen werden*. Zur Stabilisierung der Preise gehört nicht nur die Beibehaltung der bisherigen landwirtschaftlichen Produktpreise, sondern auch die *Stabilisierung der Mietzinse* und Abschöpfung eventuell unvermeidlicher Mietzinssteigerungen durch eine Mietzinsausgleichssteuer im Dienste der Subvention der Wohnungsproduktion, *gesetzliche Ausdehnung des Preisstopps auf die Rentenwerte, wie Hypotheken und andere langfristige Schuldbriefe und Unterbindung der Spekulation mit landwirtschaftlichem und städtischem Grund und Boden*. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für diese Maßnahmen ist die Angleichung der Steuerverhältnisse in den Kantonen durch eine praktische Vereinheitlichung der Steuerveranlagung und Angleichung der kantonalen Steuerbelastung eventuell auf dem Wege eines interkantonalen Finanzausgleiches.

Sollte durch Stabilisierung des Preisniveaus im Innern der Schweiz zwar die Binnenkonjunktur gesichert werden, aber die Exportindustrie aus preislichen Gründen mit Absatzschwierigkeiten zu kämpfen haben, so müßte die Anpassung des schweizerischen Preisniveaus an die ausländischen Geldverhältnisse auf dem Wege *einer gut abgewogenen Anpassung des Wechselkurses* gesucht werden. Bei einem gesamten Volkseinkommen von rund acht Milliarden Franken jährlich kann nicht die Exportwirtschaft mit einem volkswirtschaftlichen Reinertrag von vielleicht 500 Millionen Franken unsere gesamte Wirtschaftspolitik, wie dies in der Vergangenheit geschah, bestimmend beeinflussen. Im Gegenteil. Das alte Dogma, daß der Währungskurs stabilisiert bleiben müsse und sich außenwirtschaftliche Tauschbeziehungen und inländisches Preisniveau nach dem stabilen Wechselkurs zu richten hätten, kann nicht mehr aufrecht erhalten werden.

Auch die Währungspolitik muß zu einem Instrument der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik werden. Nur so kann die schwere Verschuldung der schweizerischen Volkswirtschaft, die bereits an die neun Milliarden erreicht, überhaupt erträglich gemacht werden. Jede Aufwertung des Schweizerfrankens, d. h. jede Senkung des schweizerischen Preisniveaus ist praktisch identisch mit einer Vermehrung der realen Schuldenlast um den entsprechenden Prozentsatz. Wenn z. B. das schweizerische Preisniveau um einen Drittel reduziert würde, so müßten über 50 Prozent mehr Sachgüter aufgewendet werden, um die gleichbleibende Schuldenlast von neun Milliarden abzuzahlen. Das heißt, der Realwert der neun Milliarden wäre — vorausgesetzt daß es überhaupt kreislaufmäßig gesehen möglich wäre, diese Politik durchzuführen, diese Politik, die unter dem berüchtigten Schlagwort der Deflationspolitik zusammengefaßt werden kann — um volle 50 Prozent gestiegen. Es wäre dasselbe, als wenn der

Staat zu den neun Milliarden bei gleichbleibenden Preisen, ohne einen Gegenwert dafür zu erhalten, weitere 4,5 Milliarden Schulden kontrahiert hätte.

Die Schwierigkeiten unserer Nachkriegswirtschaftspolitik sind sehr, sehr groß. Sie können nur dann sachgemäß gemeistert werden, wenn die Kreislaufmechanismen der Wirtschaft berücksichtigt werden und alle Tendenzen, die zu einer Deflationspolitik drängen, entschlossen bekämpft werden. *Kein allgemeiner Preisabbau, dagegen Hebung der realen Kaufkraft der Löhne auf das Vorkriegsniveau* muß der zentrale Gesichtspunkt unserer Wirtschaftspolitik bleiben.

Fabianismus

Von Dr. H. M. Sutermeister, Bern

Die «*Fabian society*» stellt eine 1883 in London gegründete freie Vereinigung fortschrittlich gesinnter, vorwiegend liberal orientierter Wissenschaftler, Schriftsteller und anderer Intellektueller dar. Ihr Ziel ist, einen die politische und soziale Staatsleitung beeinflussenden «*Brain trust*» aufzustellen, der besonders dort eingreifen soll, wo die stetige Evolution durch soziale und andere Spannungen in eine unproduktive Revolution umzuschlagen droht. Hier soll eine freilich zögernde «Revolution von oben» einsetzen. Der Name «*Fabian society*» erinnert nämlich an Quintus Fabius Maximus, der als römischer Feldherr den im zweiten punischen Krieg siegreichen Hannibal durch seine ausweichende und zögernde Taktik zu erschöpfen gewußt hatte und daher den Beinamen «*Cunctator*» (the delayer) erhielt. So bekämpften seinerzeit die Begründer der *Fabian society* als Radikale zum Beispiel die Mißwirtschaft des riesigen adeligen Grundbesitzes, dessen Verstaatlichung sie beantragten. Andererseits aber wandten sie sich auch gegen die Marxschen Lehren vom «Mehrwert» und «Klassenkampf» und befürworteten statt politisch-ideologischer bloß wirtschaftliche Parteibildung im Sinne der «*Trade Unions*» oder Gewerkschaften. Obgleich sie die Verstaatlichung der Produktion der wichtigsten Lebensgüter anstrebten, blieben sie weltanschaulich durchaus im Rahmen des individualistischen Liberalismus im Gegensatz zum sozialistischen Kollektivismus. Neben Cole und andern waren es vor allem Sidney Webb und seine Frau Beatrice, die seit 1889 in den «*Fabian Essays*» und später in den Blättern «*New Statesman*» und «*New Age*» diese Ideen propagierten. Bernard Shaw, der in seiner Sturm- und Drangzeit als kleiner Kanzlist noch sozialistischer Agitator gewesen war, schloß sich unter dem Eindruck der individualistischen Gesellschaftskritik Ibsens und Nietzsches 1884 der *Fabian society* an und wurde ein eifriger Mitarbeiter Webbs an den «*Fabian Essays*» und «*Fabian Tracts*». Ähnlich gesellte sich 1903 auch der evolutionistische Utopist H. G. Wells zu den Fabiern. Obgleich zahlenmäßig eine kleine Minderheit, hat diese geistige «Elite» (die sie eben bewußt bleiben wollte) seither einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf das politische und soziale Leben Englands ausgeübt und wohl mit dazu